

Sicherung der Ärzteversorgung auf dem Land erfordert gemeinsame Kraftanstrengung und frische Ideen

Der Deutsche Landkreistag warnt vor den Folgen des sich weiter verschärfenden Ärztemangels auf dem Land. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Politik, kassenärztliche Vereinigungen, Krankenkassen, Ärztekammern, Länder, Landkreise und Gemeinden müssen gemeinsam Ideen entwickeln, um der drohenden Verschlechterung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum wirksam begegnen zu können. Bislang gibt es eher punktuelle Ansätze, nicht jedoch ein kraftvolles gemeinsames Vorgehen in dieser wichtigen Frage.“ Die Vorschläge des Bundesgesundheitsministers zu einer Landarztquote bzw. der Abschaffung des Numerus clausus im Medizinstudium sind eine gute Diskussionsgrundlage, könnten jedoch isoliert das zunehmende Versorgungsproblem in der Fläche nicht in den Griff bekommen. „Erforderlich ist etwa, dass der Gesetzgeber Versorgungsdichte und Versorgungsqualität für alle Landesteile verpflichtend festschreibt.“

Duppré appellierte an Gesetzgeber und Krankenkassen, nachhaltige Anreize für die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Gebieten zu schaffen. „Das bisherige System macht die Arbeit für Ärzte in finanzieller Hinsicht nicht ausreichend attraktiv, so dass bald nur noch Idealisten ihren Praxissitz außerhalb der großen Städte wählen werden. Dazu dürfen wir es aber keinesfalls kommen lassen, sondern müssen nachsteuern, so lange noch Zeit dazu bleibt.“ Lobenswerte Ansätze wie etwa das sog. Gemeindegewesternmodell, Außensprechstunden niedergelassener Ärzte oder auch Telemedizin könnten einen praktizierenden Arzt und seine Sprechstunde zwar sinnvoll ergänzen, nicht aber vollständig ersetzen. Es müssten auch neue Modelle der Kooperation von niedergelassenen Ärzten miteinander und auch mit Krankenhäusern entwickelt werden.

Duppré hob insbesondere den sich weiter verschärfenden Mangel an Hausärzten hervor: „Viele ältere Hausärzte werden in den nächsten Jahren aus dem Dienst ausscheiden. In vielen Fällen wird es nicht gelingen, junge Mediziner von der Übernahme der Praxis zu überzeugen. Daher sind die Überlegungen von Bundesgesundheitsminister Rösler nach einer Landarztquote und der Abschaffung des Numerus clausus für das Medizinstudium als Diskussionsgrundlage zu begrüßen. Lösen werden sie das Problem struktureller Unterversorgung hingegen vermutlich nicht.“

Ein Teil der Lösung könnte nach Duppré darin bestehen, die Vernetzung der vorhandenen Haus- und Fachärzte – unabhängig von ihrer Arbeitsform im Krankenhaus – in einem Medizinischen Versorgungszentrum oder in freier Niederlassung weiter voranzutreiben. Zudem sei die Versorgungsplanung zu verbessern: „Bislang befördern die Planungsmechanismen eher die Ausdünnung von Versorgungsangeboten im ländlichen Raum zugunsten der größeren Städte. Daher muss der Gesetzgeber aktiv werden und eine gleichmäßige Versorgungsdichte und Versorgungsqualität in ganz Deutschland verpflichtend festschreiben.“ Hinzu kommen müsse, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen die Versorgungsplanung in Zusammenarbeit

mit den Landkreisen kleinräumig und möglichst bezogen auf einzelne Gemeinden vornehmen. „Bislang ist dieses Raster schlichtweg zu grob, so dass viele Orte hindurch fallen“, so Duppré abschließend.